

Kandidatencheck zur Bundestagswahl 2013



Antworten von Jutta Krellmann, Die Linke

1. Kurzfragen zum Thema Arbeit:

- a) Sind Sie für die gesetzliche Regelung des flächendeckenden Mindestlohnes?

(flächendeckender Mindestlohn?) 

Ja

Nein

Unentschieden

Bemerkung:

Ein flächendeckender Mindestlohn muss gewährleisten, dass Beschäftigte nicht mehr von aufstockenden Zusatzleistungen (ALG II) abhängig sind und keine Altersarmut entsteht durch Mini-Renten. Deshalb sollte der Mindestlohn mindestens 10 Euro betragen.

- b) Sind Niedriglöhne und prekäre Jobs für Sie ein Alarmzeichen, um sich für eine neue Ordnung auf dem Arbeitsmarkt mit guter Arbeit einzusetzen?

(neue Arbeitsmarktordnung?) 

Ja

Nein

Unentschieden

Bemerkung:

Notwendig sind jenseits des Mindestlohns vor allem:

- das Verbot der sachgrundlosen Befristungen*
- das Verbot der Leiharbeit*
- die strikte Regulierung von Werkverträgen*
- Einbeziehung der bisherigen Minijobs in die volle Sozialversicherungspflicht.*

- d) Sie für die gewerkschaftliche Forderung nach gleichem Geld für gleiche Arbeit?

(gleiches Geld für gleiche Arbeit?) 

Ja

Nein

Unentschieden

Bemerkung:

Dieser Grundsatz muss von der ersten Arbeitsstunde an als Mindeststandard gelten. Beschäftigte in Leiharbeit und in Werkverträgen müssen darüberhinaus 10% Flexibilitätszuschlag bekommen für die erhöhten Belastungen, denen sie ausgesetzt werden um Lohndumping durch Leiharbeit und Werkvertrag für Unternehmen unattraktiv zu machen.

Langfristig fordere ich das Verbot von Leiharbeit und die strikten gesetzliche Begrenzung von Werkverträgen.

- c) Sind Sie bereit, über eine stärkere Besteuerung der Reichen und Vermögenden mehr für Bildung und Ausbildung zu investieren? (Vermögenssteuer?) 

Ja

Nein

Unentschieden

Bemerkung:

Deutschland ist ein sehr reiches Land, aber dieser Reichtum ist sehr ungleich verteilt. Er muss Allen zugute kommen.

- d) Befürchten Sie zunehmende Altersarmut, wenn es nicht zu einer solidarisch finanzierten Alterssicherung kommt? (solidarisch finanzierte Alterssicherung?) 

Ja

Nein

Unentschieden

Bemerkung:

Die gesetzliche Rentenversicherung muss in Zukunft alle Erwerbstätigen erfassen. Auch Selbständige, Beamte und Politiker/-innen müssen künftig dort einzahlen. Die Beitragsbemessungsgrenze muss aufgehoben und die hohen Rentenansprüche abgeflacht werden. Private Altersvorsorge und Betriebsrenten können die gesetzliche Rente ergänzen, aber nicht ersetzen.

Unternehmen müssen wieder hälftig an den Kosten der Alterssicherung beteiligt werden. Die Rente mit 67 ist eine verdeckte Rentenkürzung, weil die meisten Beschäftigten nicht bis zum Rentenalter beschäftigt sind. Das Rentenalter muss deshalb wieder gesenkt werden.

Außerdem ist eine Wiederaufnahme der öffentlichen Förderung der Altersteilzeit und ein Ende der Abschläge auf Erwerbsminderungsrenten dringend nötig.

Antworten von Jutta Krellmann, Die Linke

2. Kurzfragen zum Thema: Umwelt:

- a) Sind Sie dafür, die Energiewende wieder zu beschleunigen und nicht länger auf Atom, Kohle und Fracking zu setzen? (Energiewende wieder beschleunigen?) 



b)

Ja Nein Unentschieden

Bemerkung:

Unbedingt. Das AKW Grohnde ist schon seit vielen Jahren ein ernstes Sicherheitsrisiko für uns alle in der Region. Im Störfall sind wir als erstes betroffen von den Folgen. Grohnde gehört schnellstmöglich abgeschaltet.

- c) Sind Sie für eine verpflichtende, frühzeitigere und ergebnisoffene Bürgerbeteiligung bei Bauprojekten? (Mehr wirkliche Bürgerbeteiligung?) 

Ja Nein Unentschieden

Bemerkung:

Das Beispiel Stuttgart21 zeigt, dass der Verzicht auf frühzeitige Bürgerbeteiligung immer wieder zu teuren und unsinnigen Fehlplanungen führt. Das darf nicht sein.

- d) Sind Sie dafür, industrielle Massentierhaltung zu stoppen und Fleischexporte nicht länger zu fördern? (Gegen Massentierhaltung?) 

Ja Nein Unentschieden

Bemerkung:

Die industrielle Massentierhaltung in Niedersachsen hat in den letzten Jahren stark zugenommen. Das heißt zunehmende Umweltbelastungen und Arbeitsplatzvernichtung bei kleineren, zumeist bäuerlichen Betrieben, aber auch in der Fleischindustrie anderer europäischer Länder. Der Fleischexports aus Deutschland nimmt zu, weil die Löhne in den Schlachthöfen stark gefallen sind. Dieses Lohndumping treibt die europäische Konkurrenz in den Ruin und diese Industrie konzentriert sich immer stärker in Deutschland. Das muss ein Ende haben!

e) Unterstützen Sie die Ausweisung von Vorranggebieten für Windkraftanlagen auch gegen Bedenken der unmittelbaren Anwohner? 

Ja

Nein

Unentschieden

Bemerkung:

Großprojekte dürfen nicht über die Köpfe der Betroffenen hinweg entschieden werden. Die LINKE befürwortet eine Entscheidung im Dialog mit den Anwohnern. In der Regel lassen sich auf diesem Wege bessere Alternativen finden.

f) Unterstützen Sie die ersten Planüberlegungen für eine Westtangente/-umfahrung Hameln (vierte Weserbrücke)? 

Ja

Nein

Unentschieden

Bemerkung:

Der Autoverkehr sollte im Stadtgebiet Hameln reduziert werden. Eine Umgehung ist daher prinzipiell sinnvoll. Es gibt aber bessere Alternativen zur gegenwärtigen Planung.





Antworten von Jutta Krellmann, Die Linke

3. Kurzfragen zum Thema Soziales:

- a) Sind Sie dafür, dass der Staat eine gesetzliche Grundlage schafft, dass alle Verkaufsräume und öffentliche Einrichtungen barrierefrei gestaltet werden müssen. (Gesetzesinitiative Barrierefreiheit) 

Ja

Nein

Unentschieden

Bemerkung:

Darüber gibt's nichts zu diskutieren. Barrierefreiheit heißt auch: Straßen und Wege müssen in einem Zustand sein, dass sie auch für Menschen mit eingeschränkter Mobilität benutzbar sind. Das erfordert öffentliche Investitionen statt permanenter Kürzungen.

- b) Sind Sie dafür, eine Reform des Wohngeldgesetzes vorzunehmen, damit als neue Energiekostenkomponente neben Heizkosten auch Stromkosten in Hartz-IV-Haushalten berücksichtigt werden. (Wohngeld mit Stromkosten) 

Ja

Nein

Unentschieden

Bemerkung:

Unbedingt. Dazu kommt: Menschen mit gutem Einkommen können sich eher neuere, energiesparende Haushaltsgeräte leisten. Deswegen zahlen Menschen mit niedrigem Einkommen haben und Hartz IV-Empfänger oft doppelt für den Strom.

- c) Sind Sie dafür, dass sich Pflegesätze, Entgelte und Preise an der geforderten Qualität im Pflegebereich orientieren. (Erhöhung Pflegesätze/-entgelte) 

Ja

Nein

Unentschieden

Bemerkung:

Pflege ist ein Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge und sollte nicht nach betriebswirtschaftlichen Gesichtspunkten ausgerichtet sein. Die gegenwärtige Finanzierung der Pflegeversicherung ist absolut unzureichend. Sie muss geändert werden um die Pflegequalität zu sichern und die Arbeitsbedingungen für die Beschäftigten zu verbessern. Alle Menschen - auch heute privat Versicherte – müssen künftig entsprechend ihrem Einkommen aus Arbeitsentgelten, Honoraren und Kapitalerträgen in eine solidarische Bürgerversicherung einzahlen. Arbeitgeber übernehmen die Hälfte der Pflegeversicherungsbeiträge ihrer Beschäftigten. So können die notwendigen Leistungsausweitungen solidarisch finanziert werden.